

Vorlage des Europäischen Gewerkschaftsverbands für den öffentlichen Dienst (EGÖD) an die Partei der Europäischen Sozialisten für das SPE-Manifestes für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009

Qualitativ hochwertige öffentliche Dienste - Lebensqualität

Einleitung:

Mit dieser Vorlage sollen Legislativinitiativen zur Förderung und zum Schutz öffentlicher Dienste innerhalb der EU vorgeschlagen werden. Der EGÖD unterstützt die umfassende fortschrittliche Sichtweise der Europäischen Sozialisten (SPE) und ist stolz darauf, mit dieser Partei eine solide und konstruktive Beziehung aufgebaut zu haben.

Der EGÖD kann für die Arbeit der SPE auf zwei Wegen einen sinnvollen Beitrag leisten: Erstens durch die Beschreibung eines Aktionsprogramms für öffentliche Dienste für die Wahlperiode 2009-2014 des Europäischen Parlaments, und zweitens durch eine koordinierte Initiative zur Mobilisierung unserer 8 Millionen Mitglieder, damit diese KandidatInnen wählen, die sich für eine EU-politische Agenda mit starken öffentlichen Diensten als prioritäres Ziel engagieren.

Die EGÖD-VertreterInnen sind sich vollständig darüber im Klaren, dass die Erbringung öffentlicher Dienste innerhalb der EU nicht nur von entsprechenden politischen Entscheidungsprozessen abhängt, sondern auch von der politischen Erkenntnis, dass die Qualität dieser Dienste ohne eine adäquate Finanzierung nicht gewährleistet werden kann. Das Thema einer gerechten Steuerpolitik der EU-Mitgliedstaaten sowie die zielgerichtete Finanzierung aus zentralen EU-Quellen sind hier wichtige Eckpunkte der Diskussion.

Der EGÖD unterstützt das Ziel des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), dass soziale Gerechtigkeit einen höheren Stellenwert haben muss als marktwirtschaftliche Prinzipien. Insbesondere unterstützt der EGÖD die Forderung nach einer Klausel über Sozialrechte.

1. Rechte und Pflichten für alle – das Individuum als aktiver Teilnehmer in der Gesellschaft

Legislative Initiative :

- Horizontaler Rechtsrahmen für öffentliche Dienste (auf Basis von Artikel 14 und des Protokolls über Dienste von allgemeinem Interesse sowie von Artikel 3a des Vertrags von Lissabon) mit eindeutig formulierten Qualitätskriterien auf Grundlage der Ziele dieser Dienstleistungen.

Wir arbeiten für euch!
Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst
(EGÖD)

Dieser Rechtsrahmen wird zusätzlicher Unterstützung durch die Grundrechtecharta bedürfen. Der EGÖD empfiehlt, dass diese Unterstützung durch eine konzertierte Strategie der Gewerkschaften und der SPE unter Verwendung von Testfällen erfolgt, um den Grundsätzen der Charta durch Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes einen soliden Rechtsstatus zu geben. Der EGÖD empfiehlt, dass die vor dem EGH verhandelten Rechtssachen genau auf ihre Auswirkungen auf soziale Dienste und öffentliche Dienste – im Positiven wie im Negativen – untersucht werden.

Ergebnis:

Ein eindeutiger „EU-politischer Raum“ für öffentliche Dienste und ein Gegengewicht zum Binnenmarkt.

Ausgewogene Politik innerhalb der Europäischen Union.

Allgemeine Kommentare

Der SPE ist bewusst, dass [öffentliche Dienste](#) innerhalb der EU einen speziellen horizontalen Rahmen als Gegengewicht zum Binnenmarkt brauchen. Deshalb sollte es ein Moratorium für alle weitergehenden branchenbezogenen Initiativen geben, bis die horizontale Grundlage für öffentliche Dienste festgelegt ist.

Ist der Lissabonner Vertrag erst einmal von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert worden, wird er im Primärrecht eine bessere Grundlage für öffentliche Dienste bieten. Die im EU-Vertrag enthaltene Bestimmung über „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“, d. h. öffentliche Dienste, wurde geändert. Artikel 14 verweist auf Artikel 3a, in dem es heißt, dass die Union die wesentlichen staatlichen Funktionen der Mitgliedstaaten achtet. Artikel 14 liefert ebenfalls eine gesetzliche Grundlage für EU-Verordnungen (nach dem „ordentlichen Verfahren“), die Grundsätze und Bedingungen so festlegen, dass diese Dienste „zur Verfügung gestellt, in Auftrag gegeben und finanziert werden können.“ Der EGÖD sieht die Umsetzung dieser Bestimmungen in Form konkreter Rechtsvorschriften (durch einen horizontalen Rechtsrahmen) als das Prioritätsziel der Arbeit des Europäischen Parlaments 2009-2014 an ([5 Gründe, warum wir jetzt mit aktiven Maßnahmen qualitativ hochwertige Dienste in Europa fördern müssen](#)) www.epsu.org/a/219

Die SPE sollte auf der Grundlage des dem Lissabonner Vertrag beigefügten Protokolls weiterhin einen horizontalen Rechtsrahmen auf EU-Ebene für öffentliche Dienste fordern. Dieser sollte konkrete Einzel- und Gesamtziele zur Verbesserung öffentlicher Dienste enthalten auf unterschiedlicher Ebene und auf Grundlage der Werte und Grundsätze öffentlicher Dienste wie solidarische Finanzierung, Qualitätsstandards und Qualitätskriterien, Partizipation der ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen und Evaluierung. Er sollte ebenfalls auf die ENP-Länder (Länder, die in die Europäische Nachbarschaftspolitik der EU einbezogen werden) erweitert und durch Überwachungs- und Unterstützungsinstrumente begleitet werden, um Behörden zur Entwicklung solidaritätsbasierter öffentlicher Dienste zu motivieren ([EU neighbourhood policy: implications for public services and trade unions](#)) www.epsu.org/a/1764 .

Denkbar wäre ein Paket horizontaler legislativer Maßnahmen mit Regelungen und/oder Vereinbarungen für spezifische Themen, um zum Beispiel:

- ✓ eine weiter gefasste Definition des Begriff der „in-house“ erbrachten öffentlichen Dienste zu erhalten;
- ✓ die öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit zum Beispiel in Form der interkommunalen Kooperation zu fördern;

- ✓ mehr Möglichkeiten für die Aufnahme von Sozial- und Umweltkriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu schaffen;
- ✓ Korruption zu bekämpfen und gute Verwaltungspraxis, Transparenz, demokratische Kontrolle sowie die Partizipation der ArbeitnehmerInnen und ihrer VertreterInnen sowie der NutzerInnen bei Entscheidungen über die Erbringung hochwertiger öffentlicher Dienste zu unterstützen;
- ✓ auf die Verantwortung der Regierungen hinzuweisen, universelle und fundamentale Rechte zu stärken, zum Beispiel das Recht auf Gesundheitsversorgung, Energie und Wasser sowie für alle Kinder das Recht auf eine hochwertige Kinderbetreuung;
- ✓ die Arbeitsqualität zu verbessern, zum Beispiel durch lebenslanges Lernen und Kompetenzentwicklung sowie durch Maßnahmen zur Unterstützung der Gleichstellung von Männern und Frauen und der Chancengleichheit für alle;
- ✓ Produktivitätsindikatoren zu entwickeln, die Qualität und nicht nur wirtschaftliche Leistung berücksichtigen.

Sektorbezogene Initiativen

Für alle europäischen sektorbezogenen Initiativen muss der horizontale Rechtsrahmen als Ausgangspunkt gelten. Diese Initiativen müssen die Grundsätze einer horizontalen Definition öffentlicher Dienste und ihrer praktischen Anwendung als Leitprinzip anerkennen, das in den Bereichen Gesundheitsdienste, Wasserversorgung und Kommunalverwaltung gilt. Es sollte eine retrospektive Beurteilung des Energiesektors (Strom und Gas) durchgeführt werden, damit diese Sektoren dem horizontalen Ansatz entsprechen ([self-assesment or public debate? evaluating the liberalisation of network services in the EU and USA](http://www.epsu.org/a/3235)) www.epsu.org/a/3235 .

E-Government wird von nationalen, regionalen und kommunalen Behörden zunehmend als Möglichkeit genutzt, Dienstleistungen für die NutzerInnen öffentlicher Dienste zu rationalisieren. E-Government-Initiativen basieren immer öfter auf öffentlich-privaten Partnerschaften. Das Gemeinwohl wurde allerdings bisher bei diesen Arrangements außen vor gelassen mit der Folge weit reichender Konsequenzen im Bereich der demokratischen Kontrolle, Schutz von Benutzerdaten und Rechenschaftspflicht. Ein gleichberechtigter Zugang zu E-Government-Dienstleistungen muss durch die Bereitstellung öffentlicher Computerterminals in Büchereien oder anderen öffentlichen Räumen gewährleistet werden. Die SPE sollte dieses Thema aufgreifen und eine adäquate Gesetzgebung zum Beispiel für den Datenschutz vorschlagen.

2. Vollbeschäftigung – erfüllende Beschäftigung

Legislative Initiative :

- Das Europäische Parlament ist aufgefordert, in den Mitgliedstaaten, in denen eine solche Regelung existiert, einem Mindestlohn von mindestens 60% des Durchschnittslohns zuzustimmen (bzw. 70% des Durchschnittslohns bei Vereinbarungen im Rahmen von Kollektivverhandlungen);
- Umsetzung des Cercas-Berichts über die Arbeitszeit;
- Europäische Beschäftigungsstrategie soll das Konzept der „Qualitätsarbeit“ und nicht „Flexicurity“ zum Ausgangspunkt nehmen.

Ergebnis:

Definition des Begriffs Vollbeschäftigung, der faire Arbeitsbedingungen, Arbeitnehmervertretung und Arbeitnehmerrechte beinhaltet und nicht mehr stillschweigend akzeptiert, dass prekäre Arbeitsverhältnisse und die „graue“ Wirtschaft akzeptable Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind.

Allgemeine Kommentare:

Vollbeschäftigung bedeutet Beschäftigung mit vollen Rechten. Die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs in den Rechtssachen Rüffert, Viking und Laval haben zu einer „EU-Charta für Sozialdumping“ geführt. Die SPE muss mehr tun, als sich nur von diesen Entwicklungen zu distanzieren. Sie muss vielmehr politische Führung zeigen und damit signalisieren, dass das Recht auf kollektiv ausgehandelte gerechte Lohnvereinbarungen in allen EU-Regionen ein genauso fundamentales Recht ist wie die vier Grundfreiheiten der EU. Mindestlohnziele sollten vereinbart werden, wobei zum Beispiel als Ziel für alle Mindestlöhne in den EU-Mitgliedstaaten auf mindestens 60% des in diesen Staaten erreichten Durchschnittslohns bis 2015 und auf mindestens 70% bis 2020 festgesetzt werden sollte. Die EGÖD-Erklärung über Mindestlöhne findet ihr unter www.epsu.org/r/264.

Sektorbezogene Initiativen:

Europäische Normen einschließlich der Arbeitszeit und fairer Arbeitsbedingungen sowie Kollektivverhandlungsrechte müssen weiter entwickelt werden. Das gilt ebenfalls für kommerzielle Anbieter, die in formell als öffentliche Dienste bezeichneten Bereichen aktiv sind.

3. Investitionen in Menschen – bessere Chancen durch Qualifizierung und Weiterbildung

Legislative Initiative :

Richtlinie über die Förderung des lebenslangen Lernens als wichtigem Bestandteil des Arbeitslebens (auf Grundlage des Artikels 14 der Grundrechtecharta)

Ergebnis:

Eine bessere und flexiblere Wissensbasis der Beschäftigten in der EU.

Allgemeine Kommentare:

Wenn es der Europäischen Union ernst ist mit der Schaffung einer hochqualifizierten und wissensbasierten Wirtschaft und der Bereitstellung existenzwichtiger Dienstleistungen zur Unterstützung dieses Ziels, dann brauchen wir eine echte Verpflichtung auf das Prinzip des lebenslangen Lernens. Die Privatisierung von Bildungseinrichtungen muss gestoppt werden. Investitionen in Grundschulen, weiterführende Schulen und Hochschulen sind ebenso erforderlich wie adäquate Investitionen in die Einrichtungen der beruflichen Bildung. Der europäische Gesetzgeber könnte Initiativen für das lebenslange Lernen durch Anreize für die Sozialpartner fördern, über lebenslanges Lernen zu verhandeln (z. B. Rahmenregelung für Bildungsurlaub).

Sektorbezogene Initiativen:

Die Unterstützung der Entwicklungen im Krankenhaussektor durch die SPE wäre zu begrüßen. Die Sozialpartner haben sich vor kurzem auf einen Text geeinigt, der das Thema des zukünftigen Qualifikationsbedarfs im Krankenhaussektor anspricht.

4. Integrative Gesellschaften – niemand bleibt zurück

Legislative Initiative :

- **Richtlinie über öffentliches Auftragswesen mit einer starken Sozialklausel;**
- **Anerkennung des Wertes staatlicher Beihilfen bei der Unterstützung existenzwichtiger Dienstleistungen und der Wiederbelebung marginalisierter Regionen;**
- **Europaweite Qualitätsevaluierung der Auswirkungen öffentlich-privater Partnerschaften auf die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen.**

Ergebnis:

Verringerung des Wohlstandsgefälles innerhalb der EU und Verringerung der Anzahl der Menschen, die von existenzwichtigen Dienstleistungen ausgeschlossen sind.

Allgemeine Kommentare:

Politische Konventionen haben das Motto „no one left behind“ (gleiche Chancen für alle) zu einem Wohlfühllogan werden lassen, mit dem sich alle Gruppen identifizieren können. Es gibt aber wenig Anzeichen dafür, dass auch die Kehrseite dieser Medaille berücksichtigt wird. Wie motivieren wir zum Beispiel diejenigen, die einen großen Vorsprung vor den anderen haben, genau auf diejenigen zu warten, die zurückgefallen sind und den Anschluss nicht verlieren wollen? Eine funktionierende Gesellschaft ist von Natur aus ein Kollektiv. Eine integrative Gesellschaft sieht jede Marginalisierung als eine deutliche Kritik an ihren Versäumnissen an. Im Laufe der letzten zehn Jahre ist es in der EU zu einem immer stärkeren Wohlstandsgefälle gekommen, einhergehend mit einer zunehmenden Legitimierung dieses Gefälles. Mittlerweile haben Unternehmen, aber auch einzelne Personen unvorstellbare Reichtümer angehäuft. Die SPE muss die politische Führung übernehmen und unmissverständlich darauf hinweisen, dass unkontrollierte und unregulierte Marktkräfte diese Unterschiede zwischen Arm und Reich weiter verschärfen. Die Verantwortung der Privilegierten für eine gerechte Gesellschaft ist einzufordern als Voraussetzung für wirklich integrative Gesellschaften: www.epsu.org/a/1219 . Eine Möglichkeit, integrative Gesellschaften zu gewährleisten, ist der gleichberechtigte Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten ([Erklärung des EGÖD-Lenkungsausschusses zu staatlichen Beihilfen](http://www.epsu.org/a/982)) www.epsu.org/a/982 .

Sektorbezogene Initiativen:

Der EGÖD hat sich nachdrücklich dafür eingesetzt, dass folgende Themen auf EU-Ebene behandelt werden:

Energiesektor: *Brennstoffarmut und Europäische Charta de Rechte der Energieverbraucher – EGÖD-Position:* www.epsu.org/a/3210 .

Nationale Verwaltung: *Überbelegte Gefängnisse und die Auswirkungen auf die Resozialisierungserfolge* www.epsu.org/a/3180

Gesundheitswesen: Förderung einer realistischen Politik des aktiven Alterns im Krankenhaussektor www.epsu.org/a/2282 .

Kommunalverwaltung: *aktive Eingliederung arbeitsmarktferner Personen* www.epsu.org/a/3657 .

5. Universelle Kinderbetreuung und universelle Gesundheitsfürsorge

Legislative Initiative :

- Bis der horizontale Rechtsrahmen für öffentliche Dienste auf EU-Ebene vollständig artikuliert ist, sollte es eine Verweigerungshaltung gegenüber jeder weiteren europäischen Initiative im Gesundheitssektor geben. Jede anschließende Initiative muss als Kernwerte die Grundsätze Universalität, Bezahlbarkeit, Zugänglichkeit und Solidarität berücksichtigen;
- Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen als Grundrecht.

Ergebnis

Entwicklung von Grundprinzipien zur Verringerung von Ungleichheiten beim Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung in der Europäischen Union und der Ungleichheit des Dienstleistungsangebots in den EU-Mitgliedstaaten, besonders zwischen den neuen Mitgliedstaaten und den Gründerstaaten ([gemeinsame Erklärung von EGÖD und HOSPEEM über Gesundheitsdienste](#)) www.epsu.org/a/3615 .

Allgemeine Kommentare

Auf europäischer Ebene hat das Fehlen einer eindeutigen Gesundheitspolitik mit den oben genannten universellen Grundsätzen als Basis dazu geführt, dass der Europäische Gerichtshof durch seine Rechtsprechung in zunehmendem Maße kommerzielle Elemente in diesen Sektor einführen konnte. Der EGÖD bedauert diese allmähliche Unterminierung der Grundsätze der universellen Gesundheitsversorgung. Es ist ein starker horizontaler Unterbau für öffentliche Dienste erforderlich, damit alle nachfolgenden grundsatzpolitischen Debatten über Gesundheitsdienstleistungen im richtigen Rahmen stattfinden und es dabei um Grundsätze und nicht um „Marktverpflichtungen“ geht.

Die Europäische Kommission hat massiv für das fragwürdige Konzept der „Wahlfreiheit des Patienten“ geworben, dabei aber versäumt zu erklären, dass bei ihren Vorschlagsentwürfen eigentlich nur derjenige die Wahlfreiheit hat, der über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügt.

Sektorbezogene Initiativen

Der EGÖD hat seine Rolle als die Stimme der Beschäftigten im Gesundheitswesen in der Europäischen Union erneut bekräftigt und ist im Interesse dieser ArbeitnehmerInnen fest

Wir arbeiten für euch!
Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst
(EGÖD)

entschlossen, die Gesundheitsdienste in der Europäischen Union einem direkten öffentlichen Management zu unterstellen.

6. Gleiche Rechte für Männer und Frauen – beispielhafte Gleichstellung

Legislative Initiative :

- Stärkung der Richtlinie 92/85/EWG zur Verbesserung des Mutterschutzes;
- Stärkung der Elternurlaubsrichtlinie

Ergebnis:

Grundlegende Verpflichtung zur Gleichstellung am Arbeitsplatz: www.epsu.org/a/2596.

Allgemeine Kommentare:

Ein signifikanter Anteil der Tätigkeiten im öffentlichen Dienst wird von Frauen übernommen, die diese Arbeiten oftmals für einen niedrigen Lohn ausführen. Fehlende Unterstützung während der Mutterschaft und zu kurzer Elternurlaub erhöhen die Gleichstellungsbarrieren. Eine konkrete Verpflichtung zur Verbesserung der Betreuung von Kindern und betreuungsbedürftigen Personen ist längst überfällig. Der Manifestoentwurf der SPE nennt als Zielsetzung die Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles auf 10% bis zum Jahr 2015.

Sektorbezogene Initiativen:

Der EGÖD hat gemeinsame Erklärungen mit den Arbeitgebern über Gleichstellung in den Sektoren Energie www.epsu.org/a/2626, Kommunalverwaltungen www.epsu.org/a/3541 und nationale Verwaltung www.epsu.org/a/1692 ausgehandelt und Aktionen im Betreuungssektor und in der Wasserversorgung unternommen.

7. Sozialer Dialog – existenzwichtige Dienstleistungen brauchen essenzielle Unterstützung!

Legislative Initiative :

- Konkrete Verpflichtung der SPE zur Unterstützung des europäischen sektoralen sozialen Dialogs;
- Versprechen des Europäischen Parlaments, auf einer *gemeinsamen* Konsultation der sektoralen Sozialpartner während der Entwurfsphase aller Gesetze zu bestehen, die in dem betroffenen Sektor soziale Auswirkungen haben werden;
- Verpflichtung, den Sozialpartnern die Möglichkeit einer formellen Evaluierung der sozialen Auswirkungen aller sektorbezogenen EU-Gesetze und –Initiativen zu geben;
- Zusage, dass die explizite Unterstützung für den sektoralen sozialen Dialog wichtig für den Posten des Europäischen Kommissars für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ist (und eine entsprechende Berücksichtigung bei den Anhörungen des Europäischen Parlaments);
- Aufklärungskampagne, die die Existenz dieser Ausschüsse ins Bewusstsein ruft,

Wir arbeiten für euch!
Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst
(EGÖD)

besonders im Hinblick auf die existenzwichtigen Dienstleistungen in den Sektoren Energie, Kommunalverwaltung, staatliche Verwaltung und Krankenhäuser.

Ergebnis:

Ein klares Signal an die europäischen Arbeitgeberorganisationen in den existenzwichtigen Diensten der Sektoren Energie, Kommunalverwaltungen, Krankenhäuser und staatliche Verwaltung, dass die europäischen Institutionen ein vollständiges und konstruktives Engagement der sektoralen Sozialpartner für konkrete Sozialinitiativen erwarten.

Allgemeine Kommentare:

Der EGÖD ist an formellen europäischen Sozialdialogausschüssen in folgenden Sektoren beteiligt:

Elektrizitätswirtschaft www.epsu.org/a/3239, **Gas, Kommunalverwaltungen** www.epsu.org/a/2558 und **Krankenhäuser** www.epsu.org/a/2282. Es gibt ebenfalls einen formalisierten Prozess im Sektor der staatlichen Verwaltung www.epsu.org/a/3615. Jeder der Sektoren ist eine Voraussetzung für ein voll funktionierendes soziales Europa, und der EGÖD ist stolz darauf, bei der Gründung dieser Ausschüsse eine tragende Rolle gespielt zu haben. Allerdings können diese Ausschüsse nur dann greifbare Verbesserungen für die NutzerInnen öffentlicher Dienste bewirken, wenn sie langfristige politische Unterstützung erhalten.

Die SPE hat zugesagt, den sozialen Dialog durch die Verbesserung des EU-Rechts auf Anhörung und Unterrichtung zu stärken, das System der Europäischen Betriebsräte zu verbessern und den dreigliedrigen sozialen Dialog wieder zu beleben. Allerdings wird eine noch entschiedenerere Verpflichtung auf das System des sektoralen sozialen Dialogs in der EU gebraucht. Das Europäische Parlament muss direkten Druck auf die Europäische Kommission insgesamt ausüben, diesen Prozess *direkt weiterzuentwickeln*. Das beinhaltet keine vage Verpflichtung auf einen „Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft“. Während der letzten fünf Jahre haben wir festgestellt, dass der europäische soziale Dialog nur dann funktioniert, wenn politische „Druckfaktoren“ ins Spiel kommen. Oder mit andern Worten – den Arbeitgebern muss klar gemacht werden, dass der soziale Dialog auch für sie die konstruktivste Option ist.

8. Vielfalt und Integration zu unserer Stärke machen

Legislative Initiative :

- Richtlinie über Gleichbehandlung, die konkrete Maßnahmen gegen Diskriminierungen auch außerhalb der Arbeitswelt beinhaltet und die auf die Artikel 34-36 (soziale Sicherheit, Gesundheitsschutz und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse) sowie 41 (Recht auf eine gute Verwaltung) der Grundrechtecharta verweist.

Ergebnis:

Antidiskriminierungsgesetze, die die Rolle der öffentlichen Dienste bei der Wahrnehmung der Interessen derjenigen Personen, die der Gefahr der Diskriminierung ausgesetzt sind, und bei der Information über Antidiskriminierungsgesetze und deren Durchsetzung anerkennen.

Allgemeine Kommentare

Qualitativ hochwertige öffentliche Dienste sind der Motor einer guten Integration. Durch gute Sozialdienste, Kinderbetreuung, Dienstleistungen für MigrantInnen, Gesundheitsversorgung und Wohnungsbau sind sie oft die erste Frontlinie im Kampf gegen die Diskriminierung. Beschäftigte im öffentlichen Dienst leisten ihre Arbeit oft unter schwierigen Bedingungen – dazu gehören fehlende Ressourcen, fehlende Ausbildung und fehlendes Personal bei gleichzeitig hohem Stress. Die Anerkennung des Wertes dieser Dienstleistungen für die Gesellschaft insgesamt muss sich in einer guten Gesetzgebung zur Förderung der Qualität manifestieren: www.epsu.org/a/3715 .

9. Zukunftsfähige Gesellschaften – Bewältigung des Klimawandels

Legislative Initiative:

- Empfehlung des Europäischen Parlaments mit der Erklärung, dass sauberes Wasser ein Grundrecht ist (und dass das Management der Wasserversorgung eine Aufgabe der öffentlichen Dienste bleiben sollte);
- Verpflichtung zu öffentlichen Investitionen in erneuerbare und kohlenstoffarme Technologien;
- Europäische Verpflichtung zum Nachbarschaftsprinzip bei der Entsorgung von Müll;
- Mainstreaming der Grundsätze des „gerechten Übergangs“ in der EU-Umweltpolitik;
- Öffentlich-öffentliche Partnerschaften sollen im Wasser- und Entsorgungssektor einschließlich der Entwicklungspolitik gefördert werden.

Ergebnis: Grundlegende Überlegungen über die Managementaufgaben öffentlicher Dienste bei der Durchsetzung einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Politik.

Allgemeine Kommentare

Die Notwendigkeit einer öffentlichen Regulierung und Lenkung der Abfall- und Wasserwirtschaft sollte inzwischen anerkannt sein: www.epsu.org/a/3210. Die zunehmende Sorge um die Umwelt hat zu der Erkenntnis geführt, dass eine strategische Koordinierung erforderlich ist. Nur öffentliche, rechenschaftspflichtige Strukturen garantieren die hierfür geforderte Transparenz. Das Europäische Parlament sollte sich dem Grundsatz verpflichten, dass „die Wasserversorgung in öffentlicher Hand bleibt“ www.psiru.org und dass bei der Entsorgung von Abfall das Nachbarschaftsprinzip gilt. Das EP sollte sich Ziele und Termine für die Beendigung des grenzübergreifenden Abfallexports setzen.

10. Ein aktives Europa für die Menschen

Legislative Initiative :

- Legislative Verpflichtung zur Herstellung von Transparenz innerhalb der EU-Institutionen einschließlich der Finanzierung und des

Wir arbeiten für euch!
Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst
(EGÖD)

Managements von EU-Agenturen.

Ergebnis:

Stärkere Aufmerksamkeit gegenüber den Entscheidungsprozessen innerhalb der EU.

Allgemeine Kommentare:

Die Europäische Union kann nicht nach den Binnenmarkt- und Wettbewerbsregeln aufgebaut werden. Hohe Arbeitsplatzqualität sowie hochwertige öffentliche Dienste und Infrastrukturen sind wichtige Elemente zur Förderung der sozialen Eingliederung, der Gleichheit und der Solidarität. Die Bürger und Bürgerinnen der EU wollen ein soziales Europa. Der EGÖD unterstützt den Vorschlag der SPE, das Sozialmainstreaming bei Gesetzgebungsvorschlägen zur Pflicht aller europäischen Entscheidungsträger zu machen und sich dabei auf die Horizontalklausel des Vertrags von Lissabon zu berufen.

Kommentare und Fragen an epsu@epsu.org oder bsynnott@epsu.org

Betreff: „EPSU submission PSE EP 2009“

Ode Anruf unter +32 2 250 10 89/ +32 474 98 96 75